



Die ersten NS-Verfolgungsaktionen 1933 am Beispiel des KZ Heuberg

© Archiv DZOK Ulm

Aufgabe:

Arbeitet heraus, weshalb die vier Männer verhaftet und wie sie behandelt wurden. Skizziert ihren weiteren Lebensweg.

Politisch Verfolgte (2):

1. Max Schuster, Balingen

* 22.3.1891 Oberseifersdorf/Kreis Zittau, Sachsen. † 21.10.1967 Balingen

Bis 1933

Max Schuster war verheiratet und hatte keine Kinder. Als erlernte Berufe gab er Kellner und Schuharbeiter an. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung wohnte Schuster in Balingen.

Seit dem Jahr 1908 in der Gewerkschaftsbewegung aktiv, betreute Schuster ab 1924 als Gewerkschaftssekretär für den Zentralverband der Schuhmacher die Region Balingen – Bisingen – Ebingen – Hechingen. Am 1. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst und Schuster verlor seinen Arbeitsplatz.

Politisch engagierte sich Schuster, zumindest bis in die zweite Hälfte der 1920er-Jahre, für die KPD. Zu einem späteren Zeitpunkt trat er der SPD bei.



Max Schuster, um 1938

© Stadtarchiv Balingen

1933 – 1945

Max Schuster wurde am 17. März 1933 erstmals verhaftet und zunächst in Balingen, wahrscheinlich im Polizeiarrest im Rathaus, festgesetzt. Am 21. März kam er auf den Heuberg, wurde aber am 12. April schon wieder entlassen. Da er seine Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär offenbar wieder aufgenommen hatte, wurde er am 29. April zum zweiten Mal verhaftet und wieder in das Konzentrationslager auf dem Heuberg gebracht. Nach seiner zweiten Verhaftung kam Schuster in das Haus mit der Nummer 23. Dort und später als „Schutzhäftling“ im Konzentrationslager auf dem Oberen Kuhberg wurde er nachweislich misshandelt. An den gesundheitlichen Folgen hatte Schuster sein ganzes Leben zu tragen.

Schuster wurde schon am 16. Oktober 1933, also rund zwei Monate vor der Auflösung des KZ Heuberg, zusammen mit 56 weiteren als besonders gefährlich geltenden Funktionären von KPD und SPD, in das Garnisons-Arresthaus nach Ulm verlegt, einer Außenstelle des KZ Heuberg. Im Dezember 1933 kam er schließlich ins KZ auf den Oberen Kuhberg, wo er bis zum 11. Juni 1934 in „Schutzhaft“ blieb. Ein Gerichtsverfahren wie bei Karl Lang scheint es gegen Schuster nie gegeben zu haben.

Bis Ende 1934 war Schuster arbeitslos. Anschließend war er als Staubsaugervertreter bei der Wuppertaler Firma Vorwerk angestellt. Zwischen 1936 und 1939 vertrieb Schuster Waschmittel und Seife auf Kommissionsbasis. 1940 gründete er schließlich zusammen mit dem Balingener Ernst Meyer einen Betrieb zur Verwertung von Lederabfällen.

Nach 1945

Nach 1945 war Schuster wieder hauptamtlich für die Gewerkschaft tätig. Zudem hatte er verschiedene politische Ämter inne. So saß er zwischen 1946 und 1948 für die SPD im Kreistag.

Schuster war nach Beendigung des Krieges auch Vorsitzender der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) für den Raum Balingen und Umgebung.

Max Schuster verstarb am 21. Oktober 1967 in Balingen .

2. August Bitzer

* 25.4.1902 Truchteltingen. † 31.12.1972 Tailfingen

Bis 1933

August Bitzer war mit Pauline, geborene Keinath, verheiratet und hatte zwei Kinder. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung lebte er in Tailfingen.

Bitzer arbeitete zwischen 1926 und 1931 als Packer in verschiedenen Unternehmen der Tailfinger Textilindustrie. Von 1932 bis zu seiner Verhaftung im März 1933 war er arbeitslos.

Politisch war August Bitzer in der KPD engagiert und technischer Leiter des „Kampfbundes gegen den Faschismus“. Von Sommer bis Herbst 1932 war er Agitations- und Propagandaleiter der Tailfinger Ortsgruppe und Mitglied der „Roten Hilfe“ in Tailfingen.

1933-1945

Schon zwei Tage nach den Reichstagswahlen, am 7. März 1933, wurde August Bitzer verhaftet und in ein Balingen Gefängnis gebracht. Am 9. März entlassen, wurde er am darauffolgenden Tag zu einer nochmaligen Vernehmung abgeholt. Bitzer wurde schließlich am 11. April 1933 wegen „Verbrechensbedrohung“ (der SA) vom Amtsgericht Balingen zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt. August Bitzer war einer von 20 Tailfingern, die als Mitglieder oder Sympathisanten der KPD unter dem Vorwand der Schändung eines Kranzes auf dem Tailfinger Friedhof am 18. März 1933 verhaftet und am 20. März ins Konzentrationslager auf dem Heuberg gebracht wurden. Dort war Reiber auch in den Strafbauten, den Häusern Nr. 19 und Nr. 23, untergebracht und wurde nach eigener Aussage von SA-Männern mehrmals schwer misshandelt. Im Sommer erhielt Bitzer die Anklageschrift des Oberlandesgerichts Stuttgart und erst am 25. August 1933 wurde der offizielle Haftbefehl ausgestellt. Am 28. August kam Bitzer in das Gerichtsgefängnis nach Stuttgart. Der Strafsenat des Württembergischen Oberlandesgerichts Stuttgart verurteilte ihn in der Verhandlung vom 6. September wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Gefängnis, die er im Landesgefängnis Rottenburg bis zum 9. September 1935 verbüßen musste.

Der Grund für die vergleichsweise lange „Schutzhaft“ mit anschließender Gefängnisstrafe liegt wahrscheinlich an der negativen Beurteilung von Polizei bzw. Gestapo. Dafür spricht auch die erneute Verhaftung Bitzers am 9. November 1939 im Zuge des sogenannten Bürgerbrau-Attentats Georg Elzers auf Adolf Hitler einen Tag zuvor. Über Balingen und Stuttgart wurde Bitzer in das KZ Welzheim überstellt, einer Haftanstalt für politische Gefangene. In Welzheim war er etwa einen Monat inhaftiert. Nach seiner Entlassung arbeitete Bitzer von Ende November 1935 bis Februar 1936 als städtischer Holzhauer und ab April desselben Jahres bis März 1940 als Packer bei der Trikotwarenfabrik Friedrich Bitzer in Tailfingen. Am 8.11.1940 wurde Bitzer zur Wehrmacht einberufen, wo er als Soldat einer Gebirgsdivision in Jugoslawien und Russland eingesetzt war. Er wurde zweimal verwundet, war kriegsbeschädigt und bezog eine Rente.

Nach 1945

Zunächst in amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde Bitzer am 10. Juni 1945 aus französischer Gefangenschaft entlassen. Ab September 1945 arbeitete er als Schreibgehilfe auf dem Tailfinger Rathaus, bis Februar 1953 bei der Firma Karl Bitzer zur Rose KG. Danach war er arbeitslos.

Bitzer starb am 31. Dezember 1972 in Tailfingen.

3. Reinhold Gonser, Tailfingen

* 27.5.1892 Tailfingen. † 24.2.1965 Tailfingen

Bis 1933

Der Zuschneider Reinhold Gonser betrieb seit 1927 als selbständiger Gewerbetreibender einen Handel mit Essbesteck und Wäsche in Ebingen und Umgebung. Bis 1933 war er Stadtrat für die KPD in Tailfingen.

1933 – 1945

Gonser war seit 1920 Mitglied und Funktionär der KPD. Aufgrund dieser Mitgliedschaft wurde er erstmals am 11. März 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Er kam ins Landesgefängnis in Rottenburg, ins KZ Heuberg und das Garnisonsarresthaus Ulm sowie in das KZ Oberer Kuhberg. Erst nach fast 20 Monaten Gefängnis kam er am 4.11.1934 wieder frei.

Im Jahr 1944 wurde Gonser noch zweimal in „Schutzhaft“ genommen. Das erste Mal im Zuge der Aktion „Gewitter“. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurden im August 1944 unter dem Decknamen „Gewitter“ zahllose regimekritische Personen festgenommen. Gonser war zwischen dem 22.8. und 16.9.1944 im Amtsgerichtsgefängnis Balingen inhaftiert. Die letzte Inhaftierung Gonsers, diesmal im Gestapo-Gefängnis in Oberndorf, erfolgte zwischen dem 13. und 19. Oktober 1944. Über die Gründe ist bisher nichts bekannt. Gonser war seit 1936 Mitglied in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in der im Zuge der Gleichschaltung die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände aufgingen.

Nach 1945

Nach dem Krieg wurde Gonser von der französischen Militärregierung als Bürgermeister in Tailfingen eingesetzt (7.5.-15.9.1946). 1946 verlor Gonser die Bürgermeisterwahl gegen Hermann Schöller von der CDU. Außerdem war er viele Jahre (1946 – 1962) Gemeinderat in Tailfingen für die KPD. Zwischen 1945 und 1949 war er Mitglied im Kreisuntersuchungsausschuss, das heißt, er war an der Entnazifizierung vieler Menschen im Kreis Balingen beteiligt. 1965 starb Reinhold Gonser in Tailfingen.



Reinhold Gonser um 1960
© Stadtarchiv Albstadt

4. Fridolin Reiber, Ebingen

* 18.11.1887 Straßberg. † 5.6.1976 Albstadt-Ebingen

Bis 1933

Seit 1931 war der Textilwirker bei der Trikotfirma Gebrüder Haux in Ebingen beschäftigt. Er war Mitglied der KPD und außerdem im Textilarbeiterverband gewerkschaftlich engagiert.

1933 – 1945

Reiber wurde erstmals am 11. März 1933 wegen seiner Funktionärstätigkeit für die KPD festgenommen und durchlief, wie Reinhold Gonser, mehrere Haftstationen. Bis zum 20.3.1933 war er im Amtsgerichtsgefängnis Spaichingen, anschließend bis zum 7. oder 26.6.1933 im KZ Heuberg. Erneut verhaftet wurde er am 22.8.1944 (Aktion „Gewitter“) und blieb bis zum 21.9.1944 in „Schutzhaft“ im Amtsgerichtsgefängnis Balingen.

Reiber war zwischen 1935 und 1945 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront (DAF).

Nach 1945

Nach 1945 war Reiber wieder Gewerkschaftssekretär. Vom 6.10.1946 bis 18.12.1948 war er als Mitglied der KPD Bürgermeister der Stadt Ebingen. 1945/46 und 1953-58 war Reiber für die KPD Gemeinderat in Ebingen. Dort starb er im Jahr 1976.



Fridolin Reiber, 1930er-Jahre
© Stadtarchiv Albstadt